Bundesgesetzblatt

357

Teil I

Z 5702 AX

1979	Ausgegeben zu Bonn am 24. März 1979	Nr. 15

Tag	Inhalt	Seite
20. 3. 79	**Siebentes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Siebentes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)** ..... neu: 2032-12-7; 2032-1, 2032-11-2, 2030-22, 2030-25, 53-4, 1103-1, 1104-1, 2030-1, 2032-2	357

Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 14	374
Verkündungen im Bundesanzeiger	374
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	375

Siebentes Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Siebentes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz)

Vom 20. März 1979

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I
Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung des Artikels I des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Januar 1979 (BGBl. I S. 49), wird wie folgt geändert:

1. In § 39 Abs. 2 werden die Zahlen „365" und „344" ersetzt durch die Zahlen „381" und „359",
2. in § 56 Abs. 1 Nr. 2 wird die Zahl „180" durch die Zahl „210" ersetzt,
3. in § 62 Abs. 2 wird das Wort „siebzig" durch das Wort „dreiundsiebzig" ersetzt,
4. in der Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummer 1 werden in Absatz 1 die Zahl „1437" durch die Zahl „1502" und in Absatz 2 die Zahl „719" durch die Zahl „751" ersetzt,
5. in der Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummer 2 werden in Absatz 1 die Zahlen „2440" und „2009" durch die Zahlen „2550" und „2099" sowie in Absatz 2 die Zahl „1219" durch die Zahl „1275" ersetzt,
6. an die Stelle der Grundgehaltssätze in der Anlage IV treten die Grundgehaltssätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes,
7. die Sätze der Amtszulagen werden um 4,5 vom Hundert erhöht; § 2 Abs. 3 Satz 1 dieses Gesetzes gilt entsprechend,

8. an die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage V treten die Sätze in der Anlage 2 dieses Gesetzes,

9. an die Stelle der Sätze des Auslandszuschlages in den Anlagen VI a bis VI e und des Auslandskinderzuschlages in Anlage VI f treten die Sätze in den Anlagen 3 a bis 3 f dieses Gesetzes,

10. an die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage VII treten die Sätze in der Anlage 4 dieses Gesetzes,

11. an die Stelle der Sätze des Anwärtergrundbetrages und des Anwärterverheiratetenzuschlages in der Anlage VIII treten die Sätze in der Anlage 5 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Die nachfolgenden Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) werden um 4,5 vom Hundert erhöht:

1. in den als Bundesrecht geltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer im Bereich der Länder (einschließlich der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie der festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse),
2. in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder.

Dies gilt auch für Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug einer einheitlichen Dienstalterszulage ermittelt werden, die um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Dienstalterszulagen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Sechsten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2117) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach landesrechtlichen Regelungen im Sinne des § 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Sechsten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Den Versorgungsbezügen zugrunde liegende Amtszulagen werden um 4,5 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 4,5 vom Hundert erhöht.

§ 4

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des § 70 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), zuletzt geändert durch Artikel V § 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 869), wird für das Siebente Bundesbesoldungserhöhungsgesetz auf 4,5 vom Hundert festgestellt.

Artikel II

Änderung des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern

Das Zweite Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), zuletzt geändert durch Artikel III des Gesetzes vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 869), wird wie folgt geändert:

In Artikel X § 5 Abs. 4 Buchstabe b werden die Zahlen „719" und „1437" durch die Zahlen „751" und „1502" ersetzt.

Artikel III

Änderung des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

An die Stelle der Sätze der Zulage in der Anlage 2 des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juni 1974 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch das Sechste Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vom 15. November 1977 (BGBl. I S. 2117), treten die Sätze der Anlage 6 dieses Gesetzes.

Artikel IV

Sonstige Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz, Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B), wird wie folgt geändert:

1. in der Besoldungsgruppe B 4 wird nach der Amtsbezeichnung „Erster Direktor beim Bundesinstitut für Berufsbildung — als Leiter des Forschungsbereichs und als der ständige Vertreter des Präsidenten —" die Amtsbezeichnung „Erster Direktor beim Bundeskriminalamt — als Leiter der beiden Hauptabteilungen —" eingefügt,
2. in der Besoldungsgruppe B 6 werden die Worte „Vizepräsident beim Bundeskriminalamt" durch die Worte „Vizepräsident des Bundeskriminalamtes" ersetzt.

Artikel V

Änderung versorgungsrechtlicher Vorschriften

§ 1

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), zuletzt geändert durch Artikel V § 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 869), wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Abs. 1 Satz 4 wird das Wort „fünfunddreißig" durch das Wort „fünfundvierzig" ersetzt.
2. § 37 Abs. 3 wird gestrichen.
3. § 38 Abs. 4 Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „Hat der Beamte einen Dienstunfall der in § 37 bezeichneten Art erlitten und ist er im Zeitpunkt der Entlassung infolge des Unfalles in seiner Erwerbsfähigkeit um mindestens fünfzig vom Hundert beschränkt, gilt § 5 Abs. 2 entsprechend."
4. § 43 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 und 2 werden jeweils die Worte „Abs. 1 oder 2" gestrichen.
   b) In Absatz 1 werden ferner die Worte „um mehr als neunzig vom Hundert" durch die Worte „um wenigstens achtzig vom Hundert" ersetzt.
5. In § 53 Abs. 2 Nr. 2 wird das Wort „sechzig" durch das Wort „vierzig" ersetzt.
6. § 54 wird wie folgt geändert:
   a) Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

      „(3) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 3 ist neben dem neuen Versorgungsbezug mindestens ein Betrag in Höhe von zwanzig vom Hundert des früheren Versorgungsbezuges zu belassen."

      Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.
   b) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

      „Die Gesamtbezüge dürfen nicht hinter seinem Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 sowie eines Betrages in Höhe von zwanzig vom Hundert des neuen Versorgungsbezuges zurückbleiben."

§ 2

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

(1) Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 337), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. August 1978 (BGBl. I S. 1217), wird wie folgt geändert:

1. In § 26 Abs. 1 Satz 4 wird das Wort „fünfunddreißig" durch das Wort „fünfundvierzig" ersetzt.
2. § 27 Abs. 1 Satz 3 wird gestrichen.
3. In § 53 Abs. 2 Nr. 2 wird das Wort „sechzig" durch das Wort „vierzig" ersetzt.
4. § 55 wird wie folgt geändert:
   a) Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt:

      „(3) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 3 ist neben dem neuen Versorgungsbezug mindestens ein Betrag in Höhe von zwanzig vom Hundert des früheren Versorgungsbezuges zu belassen."

      Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.
   b) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

      „Die Gesamtbezüge dürfen nicht hinter seinem Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 47 Abs. 1 sowie eines Betrages in Höhe von zwanzig vom Hundert des neuen Versorgungsbezuges zurückbleiben."
   c) In Absatz 5 wird die Zahl „3" durch die Zahl „4" ersetzt.
5. In § 63 Abs. 1 und § 63 a Abs. 1 werden jeweils die Worte „um mehr als neunzig vom Hundert"

durch die Worte „um wenigstens achtzig vom Hundert" ersetzt.

(2) Absatz 1 gilt nicht im Land Berlin.

§ 3

Änderung des Bundesministergesetzes

Das Bundesministergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 1971 (BGBl. I S. 1166), zuletzt geändert durch Artikel VII § 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3716), wird wie folgt geändert:

In § 20 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

„§ 54 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes gilt sinngemäß."

§ 4

Änderung des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht

Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1971 (BGBl. I S. 105), zuletzt geändert durch § 96 des Gesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), wird wie folgt geändert:

In § 102 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:

„§ 54 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes gilt sinngemäß."

Artikel VI

Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes

§ 125 Abs. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Januar 1977 (BGBl. I S. 21), zuletzt geändert durch Artikel V § 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 869), wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Absatz 1 Satz 2 gilt auch nicht, wenn ein Berufssoldat oder Soldat auf Zeit in ein Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter berufen wird."

b) Im letzten Satz wird die Zahl „3" durch die Zahl „4" ersetzt.

Artikel VII

Änderung des Bundesreisekostengesetzes

Das Bundesreisekostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1973 (BGBl. I S. 1621), zuletzt geändert durch Artikel V § 6 des Gesetzes vom 26. Juni 1978 (BGBl. I S. 869), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) § 8 Abs. 3 gilt entsprechend. Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst erhalten bei Ausbildungsfahrten Fahrkostenerstattung wie Beamte der Besoldungsgruppen A 1 bis A 7, bei anderen Fahrten wie Beamte der Eingangsbesoldungsgruppe ihrer Laufbahn. Wehrsoldempfänger werden den Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit des gleichen Dienstgrades, Ehrenbeamte den Beamten der Besoldungsgruppen A 8 bis A 16 gleichgestellt."

2. § 8 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst werden bei Ausbildungsreisen der Reisekostenstufe A, bei anderen Reisen der Reisekostenstufe der Eingangsbesoldung ihrer Laufbahn zugeteilt. Wehrsoldempfänger werden der Reisekostenstufe zugeteilt, der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit des gleichen Dienstgrades angehören."

Artikel VIII

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Übergangsvorschrift für Artikel V

(1) § 37 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes, § 27 Abs. 1 Satz 3 des Soldatenversorgungsgesetzes und entsprechende frühere Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts sind auf bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandene Versorgungsempfänger nicht mehr anzuwenden. Hat der Beamte oder Berufssoldat auf die Entschädigung verzichtet, wird ihm diese in Höhe des Betrages gezahlt, der ihm nach dem bei Eintritt des Versorgungsfalles maßgeblichen Recht zugestanden hätte; auf die Entschädigung ist der Unterschiedsbetrag zwischen den nach § 37 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechenden früheren Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts gewährten Versorgungsbezügen und den Versorgungsbezügen anzurechnen, die ohne Anwendung dieser Vorschriften zugestanden hätten.

(2) Die Änderungen des Artikels V § 1 Nr. 5 und § 2 Abs. 1 Nr. 3 gelten nicht, solange ein über den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vorschriften hinaus bestehendes Beschäftigungsverhältnis andauert. Die Änderungen des Artikels V § 1 Nr. 6, § 2 Abs. 1 Nr. 4, §§ 3 und 4 gelten auch für die Zeit vor dem 1. November 1977, wenn der Anspruch auf eine sich hiernach ergebende Versorgung vor diesem Zeitpunkt geltend gemacht und darüber nicht auf Grund des damals geltenden Rechts bereits eine nicht mehr anfechtbare Entscheidung getroffen worden ist.

§ 2

Neubekanntmachung des Bundesbesoldungsgesetzes

Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, das Bundesbesoldungsgesetz in der vom 1. Januar 1979 an geltenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlautes zu beseitigen.

§ 3

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 1978 in Kraft, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:

1. Artikel I § 1 Nr. 2 und Anlage 3f letzter Satz (zu Artikel I § 1 Nr. 9) mit Wirkung vom 1. Januar 1978;
2. Artikel V § 1 Nr. 6, § 2 Abs. 1 Nr. 4, Absatz 2, §§ 3 und 4 mit Wirkung vom 1. November 1977;
3. Artikel V § 1 Nr. 2 bis 5, § 2 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5, Artikel VII und Artikel VIII § 1 am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden Kalendermonats;
4. Artikel VI mit Wirkung vom 1. September 1957;
5. Artikel IV mit Wirkung vom 1. Januar 1979.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 20. März 1979

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister des Innern
Baum

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

Anlage 1

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe 1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	804,30	830,96	857,62	884,28	910,94	937,60	964,26
A 2		851,93	878,59	905,25	931,91	958,57	985,23	1 011,89
A 3		912,72	940,88	969,04	997,20	1 025,36	1 053,52	1 081,68
A 4		947,33	979,90	1 012,47	1 045,04	1 077,61	1 110,18	1 142,75
A 5		980,67	1 017,79	1 054,91	1 092,03	1 129,15	1 166,27	1 203,39
A 6		1 038,29	1 076,78	1 115,27	1 153,76	1 192,25	1 230,74	1 269,23
A 7		1 121,86	1 160,35	1 198,84	1 237,33	1 275,82	1 314,31	1 352,80
A 8		1 174,92	1 222,36	1 269,80	1 317,24	1 364,68	1 412,53	1 462,33
A 9	I c	1 312,85	1 361,79	1 412,78	1 464,17	1 516,51	1 573,54	1 630,57
A 10		1 437,64	1 508,49	1 579,34	1 650,19	1 721,04	1 791,89	1 862,74
A 11		1 674,99	1 747,58	1 820,17	1 892,76	1 965,35	2 037,94	2 110,53
A 12		1 824,34	1 910,89	1 997,44	2 083,99	2 170,54	2 257,09	2 343,64
A 13	I b	2 067,06	2 160,51	2 253,96	2 347,41	2 440,86	2 534,31	2 627,76
A 14		2 127,62	2 248,79	2 369,96	2 491,13	2 612,30	2 733,47	2 854,64
A 15		2 399,11	2 532,31	2 665,51	2 798,71	2 931,91	3 065,11	3 198,31
A 16		2 666,55	2 820,60	2 974,65	3 128,70	3 282,75	3 436,80	3 590,85

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	4 263,91
B 2		5 057,06
B 3	I a	5 290,83
B 4		5 642,50
B 5		6 045,96
B 6		6 426,94
B 7		6 797,54
B 8		7 183,83
B 9		7 663,47
B 10		9 152,86
B 11		9 992,82

Anlage 1

Dienstaltersstufe								Dienstalters-zulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
990,92	1 017,58							26,66
1 038,55	1 065,21	1 091,87						26,66
1 109,84	1 138,00	1 166,16						28,16
1 175,32	1 207,89	1 240,46						32,57
1 240,51	1 277,63	1 314,75						37,12
1 307,72	1 346,21	1 384,70	1 424,11					[1])
1 391,29	1 431,07	1 471,48	1 511,89	1 553,79	1 598,65			[1])
1 512,13	1 564,50	1 619,78	1 675,06	1 730,34	1 785,62			[1])
1 687,60	1 744,63	1 801,66	1 858,69	1 915,72	1 972,75			[1])
1 933,59	2 004,44	2 075,29	2 146,14	2 216,99	2 287,84			70,85
2 183,12	2 255,71	2 328,30	2 400,89	2 473,48	2 546,07	2 618,66		72,59
2 430,19	2 516,74	2 603,29	2 689,84	2 776,39	2 862,94	2 949,49		86,55
2 721,21	2 814,66	2 908,11	3 001,56	3 095,01	3 188,46	3 281,91		93,45
2 975,81	3 096,98	3 218,15	3 339,32	3 460,49	3 581,66	3 702,83		121,17
3 331,51	3 464,71	3 597,91	3 731,11	3 864,31	3 997,51	4 130,71	4 263,91	133,20
3 744,90	3 898,95	4 053,00	4 207,05	4 361,10	4 515,15	4 669,20	4 823,25	154,05

[1]) Die Dienstalterszulage beträgt

in Besoldungsgruppe	von Dienstaltersstufe	bis Dienstaltersstufe	DM
A 6	1	10	38,49
	10	11	39,41
A 7	1	8	38,49
	8	9	39,78
	9	11	40,41
	11	12	41,90
	12	13	44,86
A 8	1	5	47,44
	5	6	47,85
	6	8	49,80
	8	9	52,37
	9	13	55,28
A 9	1	2	48,94
	2	3	50,99
	3	4	51,39
	4	5	52,34
	5	13	57,03

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse							
C 1	I b	Stufe 1 2 733,47				Stufe 2 2 854,64		
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	2 125,97	2 278,68	2 431,39	2 584,10	2 736,81	2 889,52	3 042,23
C 3		2 402,65	2 575,55	2 748,45	2 921,35	3 094,25	3 267,15	3 440,05
C 4	I a	3 111,72	3 285,53	3 459,34	3 633,15	3 806,96	3 980,77	4 154,58

Mit Wirkung vom 1. Juli 1978 gilt folgende Fassung:

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse							
C 1	I b	Stufe 1 2 545,32				Stufe 2 2 638,78		
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	2 072,72	2 221,62	2 370,52	2 519,42	2 668,32	2 817,22	2 966,12
C 3		2 342,56	2 511,14	2 679,72	2 848,30	3 016,88	3 185,46	3 354,04
C 4	I a	3 033,86	3 203,33	3 372,80	3 542,27	3 711,74	3 881,21	4 050,68

Stufe 3 2 975,81								
Dienstaltersstufe								Dienstalters-zulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
3 194,94	3 347,65	3 500,36	3 653,07	3 805,78	3 958,49	4 111,20	4 263,91	152,71
3 612,95	3 785,85	3 958,75	4 131,65	4 304,55	4 477,45	4 650,35	4 823,25	172,90
4 328,39	4 502,20	4 676,01	4 849,82	5 023,63	5 197,44	5 371,25	5 545,06	173,81

Stufe 3 2 732,23								
Dienstaltersstufe								Dienstalters-zulage
8	9	10	11	12	13	14	15	
3 115,02	3 263,92	3 412,82	3 561,72	3 710,62	3 859,52	4 008,42	4 157,32	148,90
3 522,62	3 691,20	3 859,78	4 028,36	4 196,94	4 365,52	4 534,10	4 702,68	168,58
4 220,15	4 389,62	4 559,09	4 728,56	4 898,03	5 067,50	5 236,97	5 406,44	169,47

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe 1	2	3	4	5	6	7
		Lebensalter 31	33	35	37	39	41	43
R 1	I b	2 678,34	2 868,64	3 058,94	3 249,24	3 439,54	3 629,84	3 820,14
R 2	I b	3 133,74	3 324,04	3 514,34	3 704,64	3 894,94	4 085,24	4 275,54

R 3	I a	5 290,83
R 4	I a	5 642,50
R 5	I a	6 045,96
R 6	I a	6 426,94
R 7	I a	6 797,54
R 8	I a	7 183,83
R 9	I a	7 663,47
R 10	I a	9 577,45

8	9	10	Lebensalters-zulage
45	47	49	
4 010,44	4 200,74	4 391,04	190,30
4 465,84	4 656,14	4 846,44	190,30

Anlage 2

Ortszuschlag

(Monatsbeträge in DM)

Tarif-klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	651,87	755,85	844,82	929,85	1 019,85	1 129,85	1 239,85	1 349,85
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	549,91	653,89	742,86	827,89	917,89	1 027,89	1 137,89	1 247,89
I c	A 9 bis A 12	488,72	592,70	681,67	766,70	856,70	966,70	1 076,70	1 186,70
II	A 1 bis A 8	460,37	559,41	648,38	733,41	823,41	933,41	1 043,41	1 153,41

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 110 DM.

Vom 1. Januar 1979 an gilt folgende Fassung:

Anlage 2

Ortszuschlag

(Monatsbeträge in DM)

Tarif-klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	651,87	755,85	844,82	929,85	969,30	1 044,07	1 118,84	1 211,97
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	549,91	653,89	742,86	827,89	867,34	942,11	1 016,88	1 110,01
I c	A 9 bis A 12	488,72	592,70	681,67	766,70	806,15	880,92	955,69	1 048,82
II	A 1 bis A 8	460,37	559,41	648,38	733,41	772,86	847,63	922,40	1 015,53

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 93,13 DM.

Anlage 3 a

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	747	890	1 033	1 176	1 319	1 462	1 605	1 748	1 891	2 034	2 177	2 320
A 5 bis A 6	852	1 003	1 154	1 305	1 456	1 607	1 758	1 909	2 060	2 211	2 362	2 513
A 7 bis A 8	966	1 131	1 296	1 461	1 626	1 791	1 956	2 121	2 286	2 451	2 616	2 781
A 9	1 142	1 321	1 500	1 679	1 858	2 037	2 216	2 395	2 574	2 753	2 932	3 111
A 10	1 293	1 480	1 667	1 854	2 041	2 228	2 415	2 602	2 789	2 976	3 163	3 350
A 11	1 425	1 623	1 821	2 019	2 217	2 415	2 613	2 811	3 009	3 207	3 405	3 603
A 12	1 583	1 792	2 001	2 210	2 419	2 628	2 837	3 046	3 255	3 464	3 673	3 882
A 13	1 740	1 959	2 178	2 397	2 616	2 835	3 054	3 273	3 492	3 711	3 930	4 149
A 14	1 893	2 118	2 343	2 568	2 793	3 018	3 243	3 468	3 693	3 918	4 143	4 368
A 15	2 118	2 361	2 604	2 847	3 090	3 333	3 576	3 819	4 062	4 305	4 548	4 791
A 16 bis B 2	2 287	2 548	2 809	3 070	3 331	3 592	3 853	4 114	4 375	4 636	4 897	5 158
B 3 bis B 4	2 327	2 606	2 885	3 164	3 443	3 722	4 001	4 280	4 559	4 838	5 117	5 396
B 5 bis B 7	2 593	2 901	3 209	3 517	3 825	4 133	4 441	4 749	5 057	5 365	5 673	5 981
B 8 und höher	2 845	3 199	3 553	3 907	4 261	4 615	4 969	5 323	5 677	6 031	6 385	6 739

Anlage 3 b

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	635	757	879	1 001	1 123	1 245	1 367	1 489	1 611	1 733	1 855	1 977
A 5 bis A 6	724	852	980	1 108	1 236	1 364	1 492	1 620	1 748	1 876	2 004	2 132
A 7 bis A 8	821	961	1 101	1 241	1 381	1 521	1 661	1 801	1 941	2 081	2 221	2 361
A 9	971	1 123	1 275	1 427	1 579	1 731	1 883	2 035	2 187	2 339	2 491	2 643
A 10	1 099	1 258	1 417	1 576	1 735	1 894	2 053	2 212	2 371	2 530	2 689	2 848
A 11	1 211	1 379	1 547	1 715	1 883	2 051	2 219	2 387	2 555	2 723	2 891	3 059
A 12	1 346	1 524	1 702	1 880	2 058	2 236	2 414	2 592	2 770	2 948	3 126	3 304
A 13	1 479	1 665	1 851	2 037	2 223	2 409	2 595	2 781	2 967	3 153	3 339	3 525
A 14	1 609	1 800	1 991	2 182	2 373	2 564	2 755	2 946	3 137	3 328	3 519	3 710
A 15	1 800	2 007	2 214	2 421	2 628	2 835	3 042	3 249	3 456	3 663	3 870	4 077
A 16 bis B 2	1 944	2 166	2 388	2 610	2 832	3 054	3 276	3 498	3 720	3 942	4 164	4 386
B 3 bis B 4	1 978	2 215	2 452	2 689	2 926	3 163	3 400	3 637	3 874	4 111	4 348	4 585
B 5 bis B 7	2 204	2 466	2 728	2 990	3 252	3 514	3 776	4 038	4 300	4 562	4 824	5 086
B 8 und höher	2 418	2 719	3 020	3 321	3 622	3 923	4 224	4 525	4 826	5 127	5 428	5 729

Anlage 3 c

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	523	623	723	823	923	1 023	1 123	1 223	1 323	1 423	1 523	1 623
A 5 bis A 6	596	702	808	914	1 020	1 126	1 232	1 338	1 444	1 550	1 656	1 762
A 7 bis A 8	676	792	908	1 024	1 140	1 256	1 372	1 488	1 604	1 720	1 836	1 952
A 9	799	924	1 049	1 174	1 299	1 424	1 549	1 674	1 799	1 924	2 049	2 174
A 10	905	1 036	1 167	1 298	1 429	1 560	1 691	1 822	1 953	2 084	2 215	2 346
A 11	998	1 137	1 276	1 415	1 554	1 693	1 832	1 971	2 110	2 249	2 388	2 527
A 12	1 108	1 254	1 400	1 546	1 692	1 838	1 984	2 130	2 276	2 422	2 568	2 714
A 13	1 218	1 371	1 524	1 677	1 830	1 983	2 136	2 289	2 442	2 595	2 748	2 901
A 14	1 325	1 483	1 641	1 799	1 957	2 115	2 273	2 431	2 589	2 747	2 905	3 063
A 15	1 483	1 653	1 823	1 993	2 163	2 333	2 503	2 673	2 843	3 013	3 183	3 353
A 16 bis B 2	1 601	1 784	1 967	2 150	2 333	2 516	2 699	2 882	3 065	3 248	3 431	3 614
B 3 bis B 4	1 629	1 824	2 019	2 214	2 409	2 604	2 799	2 994	3 189	3 384	3 579	3 774
B 5 bis B 7	1 815	2 031	2 247	2 463	2 679	2 895	3 111	3 327	3 543	3 759	3 975	4 191
B 8 und höher	1 992	2 240	2 488	2 736	2 984	3 232	3 480	3 728	3 976	4 224	4 472	4 720

Anlage 3 d

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	366	436	506	576	646	716	786	856	926	996	1 066	1 136
A 5 bis A 6	417	491	565	639	713	787	861	935	1 009	1 083	1 157	1 231
A 7 bis A 8	473	554	635	716	797	878	959	1 040	1 121	1 202	1 283	1 364
A 9	559	647	735	823	911	999	1 087	1 175	1 263	1 351	1 439	1 527
A 10	634	726	818	910	1 002	1 094	1 186	1 278	1 370	1 462	1 554	1 646
A 11	699	796	893	990	1 087	1 184	1 281	1 378	1 475	1 572	1 669	1 766
A 12	776	878	980	1 082	1 184	1 286	1 388	1 490	1 592	1 694	1 796	1 898
A 13	853	960	1 067	1 174	1 281	1 388	1 495	1 602	1 709	1 816	1 923	2 030
A 14	928	1 039	1 150	1 261	1 372	1 483	1 594	1 705	1 816	1 927	2 038	2 149
A 15	1 038	1 157	1 276	1 395	1 514	1 633	1 752	1 871	1 990	2 109	2 228	2 347
A 16 bis B 2	1 121	1 249	1 377	1 505	1 633	1 761	1 889	2 017	2 145	2 273	2 401	2 529
B 3 bis B 4	1 140	1 277	1 414	1 551	1 688	1 825	1 962	2 099	2 236	2 373	2 510	2 647
B 5 bis B 7	1 271	1 422	1 573	1 724	1 875	2 026	2 177	2 328	2 479	2 630	2 781	2 932
B 8 und höher	1 394	1 568	1 742	1 916	2 090	2 264	2 438	2 612	2 786	2 960	3 134	3 308

Anlage 3 e

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	445	530	615	700	785	870	955	1 040	1 125	1 210	1 295	1 380
A 5 bis A 6	507	597	687	777	867	957	1 047	1 137	1 227	1 317	1 407	1 497
A 7 bis A 8	575	674	773	872	971	1 070	1 169	1 268	1 367	1 466	1 565	1 664
A 9	679	785	891	997	1 103	1 209	1 315	1 421	1 527	1 633	1 739	1 845
A 10	769	880	991	1 102	1 213	1 324	1 435	1 546	1 657	1 768	1 879	1 990
A 11	848	966	1 084	1 202	1 320	1 438	1 556	1 674	1 792	1 910	2 028	2 146
A 12	942	1 066	1 190	1 314	1 438	1 562	1 686	1 810	1 934	2 058	2 182	2 306
A 13	1 035	1 165	1 295	1 425	1 555	1 685	1 815	1 945	2 075	2 205	2 335	2 465
A 14	1 126	1 260	1 394	1 528	1 662	1 796	1 930	2 064	2 198	2 332	2 466	2 600
A 15	1 261	1 405	1 549	1 693	1 837	1 981	2 125	2 269	2 413	2 557	2 701	2 845
A 16 bis B 2	1 361	1 517	1 673	1 829	1 985	2 141	2 297	2 453	2 609	2 765	2 921	3 077
B 3 bis B 4	1 385	1 551	1 717	1 883	2 049	2 215	2 381	2 547	2 713	2 879	3 045	3 211
B 5 bis B 7	1 543	17 27	1 911	2 095	2 279	2 463	2 647	2 831	3 015	3 199	3 383	3 567
B 8 und höher	1 693	1 904	2 115	2 326	2 537	2 748	2 959	3 170	3 381	3 592	3 803	4 014

Anlage 3 f

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlags											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	143	163	183	203	223	243	263	283	303	323	343	363

Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.

Anlage 4

Zulagen für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	941	830
A 5 bis A 6	1 052	904
A 7 bis A 8	1 180	1 021
A 9	1 362	1 149
A 10	1 513	1 273
A 11	1 652	1 376
A 12	1 813	1 490
A 13	1 972	1 626
A 14	2 120	1 754
A 15	2 352	1 925
A 16	2 535	2 039
B 3	2 601	2 039
B 6	2 886	2 210
B 9 und höher	3 191	2 375

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag

(Monatsbeträge)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag vor Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Grundbetrag nach Vollendung des 26. Lebensjahres DM	Verheiratetenzuschlag DM
A 1 bis A 4	691	776	220
A 5 bis A 8	830	946	253
A 9 bis A 11	978	1 114	293
A 12	1 250	1 409	321
A 13	1 295	1 457	327
A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1	1 342	1 506	331

Anlage 6

Zulage nach Artikel IV des Gesetzes zur Regelung besonderer dienstrechtlicher Fragen der Bediensteten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

Besoldungsgruppe	Monatsbeträge in DM
A 1	392
A 2	392
A 3	420
A 4	444
A 5	478
A 6	501
A 7	513
A 8	542
A 9	610
A 10	679
A 11	742
A 12	823
A 13	922
A 14	962
A 15	1 124
A 16	1 290
B 3	1 555
B 6	1 832

Bundesgesetzblatt
Teil II

Nr. 14, ausgegeben am 23. März 1979

Tag	Inhalt	Seite
23. 1. 79	Bekanntmachung der Neufassung der Anhänge I, II und III zu dem Europäischen Fürsorgeabkommen	289
27. 2. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden	299
1. 3. 79	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Korea über Finanzielle Zusammenarbeit	300
5. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	301
6. 3. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien	302
6. 3. 79	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien	302
8. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht	303
8. 3. 79	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über psychotrope Stoffe	303
9. 3. 79	Bekanntmachung einer Berichtigung des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung	304

Preis dieser Ausgabe: 1,70 DM (1,20 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,20 DM.
Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (BGBl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung		Verkündet im Bundesanzeiger Nr.	vom	Tag des Inkrafttretens
13. 3. 79	Verordnung TSN Nr. 1/79 zur Änderung der Verordnung TS Nr. 11/58 über einen Tarif für den Güternahverkehr mit Kraftfahrzeugen (GNT) 9291	54	17. 3. 79	1. 4. 79
15. 3. 79	Verordnung Nr. 2/79 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschiffahrt 9500-4-6-4	55	20. 3. 79	25. 3. 79
16. 3. 79	Verordnung Nr. 3/79 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschiffahrt 9500-4-6-4	55	20. 3. 79	25. 3. 79

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

	Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften — Ausgabe in deutscher Sprache — vom	Nr./Seite
	Vorschriften für die Agrarwirtschaft		
14. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 295/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2036/79 zur Festsetzung der Preise für den Verkauf zu herabgesetzten Preisen der von den Interventionsstellen gelagerten Hinterviertel von ausgewachsenen Rindern an soziale Einrichtungen	16. 2. 79	L 41/31
15. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 296/79 der Kommission zur siebzehnten Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2042/75 über besondere Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen für Getreide und Reis	16. 2. 79	L 41/34
15. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 304/79 der Kommission über den Verkauf von entbeintem Interventionsrindfleisch zu pauschal im voraus festgesetzten Preisen	17. 2. 79	L 42/7
15. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 305/79 der Kommission über den Verkauf von Rindfleischkonserven aus Beständen der deutschen Interventionsstelle zu im voraus festgesetztem Pauschpreis und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1557/78	17. 2. 79	L 42/11
16. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 308/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3136/78 über Durchführungsbestimmungen für die Festsetzung der Einfuhrabschöpfung bei Olivenöl durch Ausschreibung	17. 2. 79	L 42/20
16. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 309/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 316/68 betreffend die Kennzeichnung von frischen Schnittblumen	17. 2. 79	L 42/21
19. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 313/79 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EWG) Nr. 3389/73 zur Festlegung der Verfahren und Bedingungen für den Verkauf von Tabak aus Beständen der Interventionsstellen	20. 2. 79	L 43/5
19. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 314/79 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2821/78 zur Regelung des Transfers von Magermilchpulver an die italienische Interventionsstelle durch die Interventionsstellen anderer Mitgliedstaaten	20. 2. 79	L 43/7
19. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 325/79 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 hinsichtlich der Interventionsregelung für Äpfel und Birnen	22. 2. 79	L 45/1
	Andere Vorschriften		
14. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 283/79 der Kommission zur Einführung von Höchstmengen für die Einfuhr von Sportbekleidung (Trainingsanzüge) mit Ursprung in Taiwan in die Gemeinschaft	15. 2. 79	L 40/22
13. 2. 79	Empfehlung Nr. 294/79/EGKS der Kommission über die Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls für bestimmte Hämatitroheisen mit Ursprung in Brasilien	16. 2. 79	L 41/29
15. 2. 79	Entscheidung Nr. 303/79/EGKS der Kommission zur weiteren Änderung der Entscheidung Nr. 527/78/EGKS betreffend ein Preisangleichungsverbot für Stahlangebote aus bestimmten dritten Ländern	17. 2. 79	L 42/5
16. 2. 79	Verordnung (EWG) Nr. 322/79 der Kommission zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls für ein bestimmtes Herbicid mit Ursprung in Rumänien	21. 2. 79	L 44/8

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,90 DM (2,40 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,40 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 AX · Gebühr bezahlt

Neuauflagen soeben erschienen!

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 316 Seiten

Die Neuauflage 1978 weist folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,

b) (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,

soweit sie noch gültig sind.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1978 — Format DIN A 4 — Umfang 460 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Einzelstücke können zum Preis von 22,50 DM zuzüglich 2,00 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt" Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.